

Forderungen des Verbandes für alleinerziehende Mütter und Väter Landesverband Hessen e.V. zur Landtagswahl am 08. Oktober 2023

Alleinerziehende werden häufig in familienpolitischen Entscheidungen nicht ausreichend mitbedacht. Dabei sind sie die Familienform, mit dem höchsten Armutsrisiko und dadurch in besonders vielen Lebensbereichen belastet. Dies obwohl der Anteil an erwerbstätigen Müttern in Ein-Eltern-Familien wesentlich höher ist als in Paarfamilien. Eine Ein-Eltern-Familie, die in Armut lebt oder von ihr bedroht ist, führt ein Leben, das geprägt ist von Mängeln: Neben dem offensichtlichen Mangel an Geld und Konsum, besteht ein Mangel an Teilhabe in den Bereichen Bildung und Kultur und oftmals gibt es nur mangelhafter Wohnraum für Alleinerziehende und ihre Kinder.

Die Stellschrauben zur Bekämpfung von Armut sind die Themen Bildung und Erwerbsarbeit.

Familie und Beruf lassen sich durch unzureichende Unterstützungssysteme nicht zufriedenstellend vereinbaren. Eine Aufwertung im Bereich Bildung würde es Alleinerziehenden ermöglichen einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und für die Familie finanziell ausreichend zu sorgen. Der überwiegende Teil der Alleinerziehenden sind nach wie vor Frauen (89 % lt. Statista 2018). Dies muss auch auf Landesebene bei allen Überlegungen Berücksichtigung finden. Eine höhere Flexibilität von Arbeitgebern und Betreuungseinrichtungen würde auch dazu führen, dass neben der Erwerbstätigkeit noch Zeit für die Familie geben ist. Nur durch Entlastung der Alleinerziehenden kann die Teilhabe der Kinder aus Ein-Eltern-Familien verbessert werden.

Wir fordern im Bereich Bildung:

- Eine verlässliche, qualitativ hochwertige (früh-)kindliche Bildung durch Fachkräfte und flexible Betreuungsmöglichkeiten, auch zu Randzeiten.
- Lernmittelfreiheit und Zugang zu mindestens einer gesunden, vergünstigten Mahlzeit, um Alleinerziehende finanziell zu entlasten.
- Eine Aufwertung der sozialen Berufe durch finanzielle Anerkennung und entsprechende Fortbildungen.

Wir fordern im Bereich Erwerbsarbeit:

- Arbeitgebern müssen Anreize gegeben werden, geschlechtergerechte und familienorientierte Arbeitszeitmodelle einzuführen und umzusetzen.
- Sorgearbeit als Arbeit anzuerkennen und adäquat zu entlohnen.

Wir fordern im Bereich Wohnen:

- Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und Erweiterung der Anteile an sozialem Wohnungsbau.
- Eine Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau.
Bei Anspruch auf Transferleistungen darf die Größe des bezuschussten Wohnraums nicht bedeuten, dass für Alleinerziehende kein eigenes Zimmer zur Regeneration vom Alltag mehr übrig ist. Eine Wohnung mit zwei Zimmern ist für ein Paar ausreichend, nicht aber für ein Elternteil und ein Kind.